Verzweifelte Suche nach dem Recht

Bürger halten Planung für Großbau in Haxtum für gesetzeswidrig, doch Verwaltung sieht keine Verstöße



Trotz der Proteste der Anwohner wurden bislang keine Gründe gefunden, um den Bau eines Mehrparteienhauses in Haxtum zu stoppen.

Foto: Banik

VON KARIN BAUMANN

Aurich. Heftig zur Sache ist es am Dienstagabend im Extum/Haxtum/ Ortsrat Kirchdorf/Rahe gegangen. Der Grund war der umstrittene Bau eines Mehrparteienhauses in der Einfamilienhaussiedlung in der Haxtumer Straße Am Deepstück. Obwohl das Thema ein eige-Tagesordnungspunkt war, nutzen wütende Anwohner bereits die Bürgerfragestunde für eine rund einstündige hitzige Debatte mit Vertretern der Verwaltung und den Ortspolitikern.

Am Ende standen Frust und eine Empfehlung des Ortsrates an die Auricher Verwaltung. Der Ortsrat sprach sich gestern mit fünf Stimmen von SPD und Grünen gegen eine zweigeschossige Bebauung im Bebauungsplan 55 (Am Deepstück) aus. Er fordert die Verwaltung auf, für den Auricher Rat eine Vorlage zu schaffen, um künftig nur noch eingeschossige Bebauung zu empfehlen.

Für die Zukunft ist damit vorgesorgt. Bauten wie das derzeit entstehende Haus mit zwei Geschossen und einer Länge von 27 Metern wären nach einem entsprechenden Ratsbeschluss nicht genehmigungsfähig. Das bestätigte Peter Völker vom Auricher Planungsamt: Allein die Aufstellung eines Bebauungsplanes neuen könne solche Vorhaben künftig unterbinden, sobald er veröffentlicht sei.

Das Haus, das derzeit für so viel Ärger sorgt, ist damit aber nicht vom Tisch. In der vergangenen Woche ließ der Bauträger zwei Bäume fällen, wofür er zwar die Genehmigung der Stadt Aurich, nicht jedoch der Unteren Naturschutzbehörde des Landkreises Aurich hatte. Eigentlich hätte er auf Verlangen der Naturschutzbehörde ein Gutachten über eine seltene Flechte an einem der Bäume erstellen lassen müssen, die

möglicherweise unter Artenschutz steht. Das tat er aber nicht und ließ die Bäume am Donnerstag fällen.

Einzelfall, aber Sinnbild für die verfahrene Lage

Am Montag rückten Bagger an, um die Baugrube auszuheben. Anwohner riefen erneut die Untere Naturschutzbehörde auf den Plan, die den Bauherren darauf hinwies, dass im Bereich der Wallhecke nur die Schachtung von Hand erlaubt sei.

Anwohner laufen seit Wochen gegen das Bauprojekt Sturm und versuchen, dem Bauherrn zahlreiche kleine Planungsfehler nachzuweisen. Im Februar erwirkten sie einen Baustopp, weil unter anderem Vorschriften bei der Parkplatzplanung nicht eingehalten worden waren.

Mitarbeiter der Unteren Naturschutzbehörde, des Planungsamtes und der Bauaufsicht trafen sich am Dienstag auf dem Grundstück, um die Abstände zu den Grenzen nachzumessen. Diese lägen mitten in Wallhecken, so die Anwohner, sodass zum Schutz der Natur mehr Abstand gehalten werden müsse als eingeplant.

Nach Aussage von Marion Decker von der Bauaufsicht sei dabei kein Verstoß festgestellt worden. Das wollten die Anwohner aber nicht gelten lassen. Eine Strecke sei nicht korrekt ausgemessen worden, argumentierten sie. Der Bauherr habe durch die Baumfällung Fakten geschaffen, daher sei nun vieles nicht mehr nachprüfbar.

Als neuen Trumpf führten sie ins Feld, dass der Bauherr die strittigen Parkplätze nun auf das Nachbargrundstück verlagert habe. Dies gehöre ihm zwar, sei jedoch ein anderes Flurstück und daher ein neues Bauvorhaben. Weil die Verwaltungsvertreter darauf in der Sitzung nicht sofort reagierten, warfen die

Anwohner ihnen Unkenntnis vor. Bei ausreichender Prüfung ließen sich Gründe für einen Baustopp finden, sagten sie. "Recht muss Recht bleiben", so einer der Anwohner verzweifelt, "wir verlangen nur, dass Vorschriften eingehalten werden."

Das sei letztlich der Fall, hieß es gestern aus der Verwaltung. Die beiden Flurstücke seien laut Bauordnung als ein Grundstück anzusehen. Daher seien die Parkplätze nicht neu anzuzeigen. Die Verwaltung könne nach geltendem Recht nicht gegen den Bau vorgehen. Das müssten Anwohner tun und den Architekten verklagen.

Eine Anwohnerin bezeichnete die Stadt während der Sitzung als "Tollhaus". Auch die Politiker mussten sich Kritik anhören. Rückwirkend tun können sie aber nichts. Der veraltete B-Plan Am Deepstück ist ein heiß diskutierter Einzelfall, aber ein Sinnbild für die verfahrene Lage in Aurich.

KOMPAKT

SPD dringt auf Einigung bei Etat

dpa Berlin. Im Streit mit der Union um den Bundeshaushalt dringt die SPD auf eine kurzfristige Lösung. Bis zum Wochenende sollte es Ergebnisse geben, "die auch ein Integrationspaket und das Solidarprojekt umfassen müssen", hieß es aus SPD-Regierungskreisen. habe es in dem schwierigen Konflikt aber noch keine Verständigung gegeben. SPD-Chef Sigmar Gabriel hatte am Mittwoch mit Kanzlerin Angela Merkel und Finanzminister Wolfgang Schäuble (beide CDU) nach Kompromissen gesucht. Am Abend wollte Merkel mit CSU-Chef Horst Seehofer beraten.

Verfahrensdauer gesunken

epd Berlin. Die Reformen im Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (Bamf) zeigen bei der Dauer der Verfahren laut Behördenleiter Frank-Jürgen Weise Wirkung - zumindest für einen Teil der Flüchtlinge. Etwa 50 Prozent der Fälle können innerhalb von 48 Stunden beschieden werden, sagte Weise. Bei der anderen Hälfte handele es sich um komplexe Fälle, in denen der Betroffene zum nach der Flucht "seine Gedanken nicht beisammen hat" oder Beispiel keine Dokumente mit sich führt. Diese Verfahren würden auch künftig länger dauern müssen, betonte Weise.

Böhnhardt schlug Zschäpe

dpa München. Die mutmaßliche NSU-Rechtsterroristin Beate Zschäpe ist nach eigenen Angaben während ihres Untergrundlebens von ihrem Komplizen Uwe Böhnhardt geschlagen worden. In einer vor Gericht von ihrem Anwalt verlesenen Aussage berichtete sie, das sei vor allem in der Anfangszeit nach dem Abtauchen der drei im Jahr 1998 passiert. Häufig dann, wenn Böhnhardt "die Argumente ausgingen". Der Nationalsozialistische Untergrund NSU soll zehn Menschen ermordet haben. Zschäpe muss sich dafür wegen Mittäterschaft verantworten.

Faire Vergütung für Kreative

epd Berlin. Die Bundesregierung hat das neue Urhebervertragsrecht auf den Weg gebracht. Das Kabinett billigte den Entwurf von Bundesjustizminister Heiko Maas (SPD). "Urheber und ausübende Künstler sollen für ihre Leistungen künftig fairer bezahlt werden", sagte Maas. Ihr Anspruch auf eine angemessene Vergütung stehe bislang zwar im Gesetz, sei aber viel zu selten Wirklichkeit. Urheberverbände monierten, die Reform bleibe hinter den Erwartungen zurück, die Maas geweckt habe. Auch Verwerterverbände kommentierten den Entwurf kritisch.

AUCH DAS NOCH

rirst Lady Michelle Obama will nicht für das Amt des US-Präsidenten kandidieren. "Ich habe da diese beiden jungen Menschen zu Hause", sagte sie auf dem South-by-Southwest-Festival (SXSW) im texanischen Austin. "Und hey, denkt daran, es ist nicht so einfach, die Töchter des Präsidenten zu sein." Aber Sasha (14) und Malia (17) gingen gut damit um. Sie wolle sich weiter engagieren und Verantwortung übernehmen, so die 52-Jährige. Es gebe so vieles, was man auch außerhalb des Weißen Hauses machen könne. Die zweite Amtszeit ihres Ehemanns Barack Obama endet im Januar 2017.

Wahlgewinner suchen nach Partnern

Regierungsbildung nach Landtagswahlen: FDP umworben / Kretschmann lotet auch Grün-Schwarz aus

dpa **Stuttgart/Mainz/ Magdeburg.** Die Wahlgewinner in drei Bundesländern suchen neue Regierungspartner. Die FDP wird in Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz für eine "Ampel" umworben. In Sachsen-Anhalt hat die SPD noch Vorbehalte gegen eine "Kenia-Koalition".

Drei Tage nach den Landtagswahlen haben in Baden-Württemberg Sachsen-Anhalt erste Sondierungsgespräche für neue Regierungskoalitionen begonnen. In Stuttgart warben der grüne Ministerpräsident Winfried Kretschmann und SPD-Landeschef Schmid für eine Ampelkoa-

solchen Bündnis allerdings bislang eine Absage erteilt hat. Sollten die Liberalen dabei bleiben, wäre nur noch Grün-Schwarz mög-

"Aus unserer Sicht gibt es keine unüberwindbaren Hindernisse", erklärte Kretschmann am Mittwoch mit Blick auf ein Bündnis aus Grünen, SPD und FDP. Auch Schmid sagte, er sei den inhaltlichen Punkten zugänglich, die für die FDP wichtig seien.

In Rheinland-Pfalz vereinbarten SPD, FDP und Grüne erste Termine für Sondierungsgespräche zur Bildung einer Ampelkoalition. Die Gespräche sollen

lition mit der FDP, die einem noch in dieser Woche beginnen - zuerst getrennt mit Grünen und FDP, dann alle an einem Tisch. Ministerpräsidentin Malu Dreyer (SPD) sagte, sie sei "einiger-maßen zuversichtlich", dass die SPD in eine gute Regierung eintreten werde. "Jetzt geht es darum, dass wir uns sortieren und nach vorne blicken.

Kretschmann zeigte sich verwundert darüber, dass FDP-Bundeschef Christian Lindner einer von der SPD geführten Ampelkoalition in Rheinland-Pfalz wohlwollend gegenüberstehe die FDP aber eine Ampel im Südwesten ablehnt. "Wir sind nicht weniger liberal die rheinland-pfälzi-

schen Grünen", betonte der Regierungschef.

Kretschmann lotet neben den Chancen für eine Ampel auch die Bedingungen für ein grün-schwarzes Bündnis aus. Am späten Mittwochnachmittag kamen die Grünen dazu unter anderen mit CDU-Fraktionschef Guido Wolf und Landeschef Thomas Strobl zusammen.

Wolf versucht derzeit, selber ein Bündnis unter seiner Führung zu schmieden. Dies wäre nur mit SPD und FDP möglich. Die Sozialdemokraten haben aber bereits signalisiert, da nicht mitmachen zu wollen. Gleichwohl soll es an diesem Freitag Gespräche zwischen den betroffenen Parteien geben.

Die rheinland-pfälzische CDU-Chefin Julia Klöckner sieht derzeit keine Notwendigkeit, über eine Große Koalition mit der SPD in Rheinland-Pfalz nachzudenken. Dies sei nicht die Frage, mit der sich die CDU derzeit beschäftige, sagte Klöckner. "Es ist jetzt nicht die Zeit, Ansprüche zu stellen." Die CDU hatte am Sonntag ihr bisher schlechtestes Ergebnis in Rheinland-Pfalz erzielt.

In Sachsen-Anhalt begannen Sondierungsgespräche von CDU, SPD und Grünen. Das Wahlergebnis sei ein ganz klarer Auftrag, verantwortlich zwischen den drei

demokratischen Parteien zu verhandeln, erklärte Sachsen-Anhalts CDU-Ministerpräsident Reiner Haseloff nach den knapp zweistün-

digen Gesprächen. Der neue SPD-Fraktionschef Andreas Steppuhn hatte betont, man müsse schauen, ob man einen Kompromiss bekomme, den man der Partei mit gutem Gewissen vorlegen könne. An der Basis rumort es. So gibt es innerhalb der SPD Stimmen, die den Absturz der Partei um etwa die Hälfte der Wählerstimmen auf nur noch 10,6 Prozent so werten, dass dies kein Wählerauftrag zu einer Regierungsbeteiligung sei.



Karikatur: Klaus Stuttmann

Rechtsextremer Verein verboten

Razzien bei "Weisse Wölfe Terrorcrew"

dpa **Berlin.** Schlag gegen die rechte Szene: Bundesinnenminister Thomas de Maizière (CDU) hat den rechtsextremen Verein "Weisse Wölfe Terrorcrew" verboten. Am Mittwoch durchsuchte die Polizei in zehn Bundesländern Woh-nungen führender Mitglieder der Gruppe und be-schlagnahmte Datenträger und Propagandamaterial. Die Polizisten fanden aber auch Waffen - wie Wurfsterne, eine Armbrust und Kleinkaliberwaffen.

De Maizière sagte in Ber-lin, es handele sich um eine Vereinigung von Neonazis, die offen und aggressiv ge-gen den Staat, politisch Andersdenkende, Migranten und Polizisten hetze und gewalttätige Auseinandersetzungen auf die Straße trage. Das dulde der Staat nicht.

Razzien gab es unter anderem auch in Niedersachsen. Bundesweit waren 15 Objekte und 16 Personen betroffen. De Maizière sagte, der harte Kern der Gruppe umfasse 25 Personen. Der Rädelsführer stamme aus Hamburg, so der Minister. Zu möglichen Festnahmen äußerte er sich zunächst nicht.

Verfassungsschützer haben die Gruppe, die von Fans der Rechtsrockband "Weisse Wölfe" gegründet worden war, schon seit Längerem im Blick. "Dieser Verein bekennt sich offen zu den Werten des Nationalsozialismus und möchte eine Diktatur nach diesem Vorbild errichten", so de Maizière. Bundesjustizminister Heiko Maas (SPD) sagte, das Verbot setze ein klares Zeichen: "Wir werden nicht tatenlos zusehen, wenn Neonazis gegen unsere Gesetze verstoßen." Die Justizminister aus Bund und Ländern beraten am Donnerstag über Konsequenzen aus dem Anstieg rechter Ge-

Sexualstrafrecht wird schärfer

Dennoch Kritik vom Weißen Ring: Grapschen ist Belästigung

VON MARION TRIMBORN

Berlin. Für Opfer sexueller Übergriffe wird es künftig etwas leichter, ihre Peiniger hinter Gitter zu bringen. Das Bundeskabinett beschloss am Mittwoch eine Verschärfung des Sexualstrafrechts. Der Gesetzentwurf stellt sexuelle Handlungen unter bestimmten Voraussetzungen auch dann unter Strafe, wenn der Täter keine Gewalt angewendet oder damit gedroht hat.

Voraussetzung ist, dass der Täter das Opfer – in den meisten Fällen sind das Frauen - überrumpelt und dabei seine Arglosigkeit ausnutzt. Eine Strafe wäre auch möglich in Fällen, in denen das Opfer nach einer Weigerung mit Nachteilen rechnen muss wie etwa dem Verlust des Arbeitsplatzes. Bundesjustizminister Heiko Maas (SPD) schrieb in einem Brief an die Fraktionskollegen:

nacht in Koln haben auch den Zweiflern noch einmal deutlich gemacht, wie wichtig der Schutz der sexuellen

Selbstbestimmungist." Das geforderte härtere Vorgehen gegen sexuelle Belästigung wie in der Kölner Silvesternacht kommt in dem schon vor diesen Vorfällen formulierten Entwurf aber nicht vor. Vielen Feministinnen, Rechtsanwältinnen und Betroffenen-Verbänden sowie Abgeordneten verschiedener Parteien geht der Entwurf nicht weit ge-

Opferorganisation Weißer Ring hält die Regeln für zu schwach. In einem Gespräch mit unserer Redaktion sagte die Bundesvorsitzende des Weißen Rings, Roswitha Müller-Piepenkötter: "Das ist ein klitzekleiner Schritt in die richtige Richtung, aber er geht nicht weit genug." Jede sexuelle Hand-

"Die Ereignisse der Silvester- lung, die gegen den erklärten Willen oder ohne Einverständnis des Opfers erfolge, müsse unter Strafe gestellt werden.

Die ehemalige CDU-Justizministerin in Nordrhein-Westfalen sagte: "Wenn auf einer Party-Meile ein Mann einer fremden Frau an den Busen grapscht oder ihr den Slip herunterzieht, dann ist das natürlich eine sexuelle Belästigung." Grapschen stehe bislang aber laut Ge-Grapschen setzentwurf nicht unter Strafe. "Das muss geändert werden. Ein klares ,Nein' sollte für die Bestrafung ausrei-

Die Zahlen in Deutschland belegten deutlich, dass immer mehr Übergriffe nicht geahndet werden. 1994 hätten noch 21,6 Prozent der Anzeigen wegen Vergewaltigung zur Verurteilung des Täters geführt, 2012 seien es nur noch 8,4 Prozent gewe-

Streit um Flüchtlingskosten

Länder wollen mehr Geld / Steuer-Gewerkschaft fordert Klarheit

VON MARION TRIMBORN

Berlin. In Deutschland ist ein Streit um die gerechtere Verteilung der Kosten für Flüchtlinge entbrannt. Thüringens Ministerpräsident Bodo Ramelow (Linke) fordert, den "Königsteiner Schlüssel" dafür heranzuziehen. Dieser werde bereits bei der Verteilung der Flüchtlinge auf die Bundesländer angewandt und sei eine "richtige Richtschnur," sagte Ramelow am Mittwoch in Erfurt. Das System zur Lastenteilung nach Einwohnerzahl und Steuer-

aufkommen gibt es seit 1949. Nach Ansicht Ramelows sollte die Hälfte der Einnahmen aus dem Solidarzuschlag für die Integration von Flüchtlingen genutzt werden. Diese Summe könnte über den "Königsteiner Schlüssel" an die Länder verteilt werden. Am Donnerstag werden die Ministerpräsidenten der Länder in Berlin über die Forderung



Bund und Länder streiten um die Finanzierung der Ausgaben für Flüchtlinge. Foto: dpa

nach mehr Geld vom Bund in der Flüchtlingsfrage beraten. Im Vorfeld forderte die Deutsche Steuer-Gewerkschaft mehr Klarheit. In einem Gespräch mit unserer Redaktion sagte der Bundesvorsitzende Thomas Eigenthaler: "Der Staat mogelt sich derzeit noch an dem Thema Finanzierung der Flüchtlings-

kosten vorbei." Der Bund greife auf "stille" Rücklagen zurück, die durch eine florierende Wirtschaft und sprudelnde Steuerquellen entstanden seien. "Das

funktioniert auf Dauer aber nicht", kritisierte Eigenthaler "Die Kosten von jährlich rund 20 Milliarden Euro müssen in den staatlichen Haushalten ehrlich finanziert werden."

Die Gewerkschaft lehnt neue oder höhere Steuern dafür ab. Der Solidaritätszuschlag solle erhalten bleiben und der Staat intensiver Geldwäsche und Steuerhinterziehung verfolgen: "Der Staat muss sich das Geld bei denen holen, die sich in die Büsche schlagen, und darf nicht den ehrlichen Steuerzahler zusätzlich belasten." Unterdessen verlangte der Bund der Steuerzahler, dass der Bund seinen Rekordüberschuss von zwölf Milliarden Euro nicht komplett für die Flüchtlingskrise ausgeben dürfe. Präsident Reiner Holznagel sagte unserer Redaktion: "Eine pauschale Reservierung des gesamten Überschusses für Flüchtlinge ist übereilt."

Bund steckt Milliarden in Verkehrswege in Niedersachsen

Küstenautobahn A 20 erhält hohe Priorität / Größte Investitionen in Neu- und Ausbau in Nordrhein-Westfalen

dpa/swi Berlin/Hannover. Der Bund will in den kommenden Jahren Milliardensummen in Straßen, Schienen und Wasserwege in Niedersachsen investieren. Nach der Vorstellung des neuen Bundesverkehrswegeplans bis 2030 am Mittwoch zeigte sich Niedersachsens Verkehrsminister Olaf Lies (SPD) erfreut: "Der Plan enthält sehr wichtige Weichenstellungen für die Zukunft unseres Landes."

Ob ein Projekt schnell umgesetzt wird, hängt von der Priorität ab, die ihm das Verkehrsministerium zuordnet. Für den neuen Plan hat das Ministerium die beiden Kategorien "vordringlicher Bedarf" und "weiterer Bedarf" erweitert um die Kategorie "vordringlicher Bedarf – Engpassbeseitigung" für be-

sonders wichtige Projekte. Alle Projekte, die mit "vordringlicher Bedarf" gekennzeichnet sind, sollen bis zum Jahr 2030 umgesetzt oder begonnen werden. Dazu zählen unter anderem zentrale Projekte wie die Küstenautobahn A20, die Wolfsburg-Lüneburg und der vierspurige Ausbau der Europastraße 233 von der niederländischen Grenze bei Meppen Richtung Cloppenburg.

Auch die Entlastungsstraße Emmeln und die B 210N von Aurich zur Autobahn haben es in diese Kategorie

geschafft, ebenso wie die A30 mit dem Lotter Kreuz, die nun wieder mit höchster Dringlichkeit im langfristigen Plan des Bundes enthalten ist. Die A33-Nord hat ihre hohe Kategorie beibehal-

Für den Ausbau des Bahngüterverkehrs von den Häfen sind allein 2,5 Milliarden Euro reserviert. 270 Millionen Euro sind für den Neubau der Schleuse Scharnebeck zur Ertüchtigung des Elbe-Seitenkanals vorgesehen. Der Neubau zweier Schleusen des Stichkanals in Osnabrück hat es dagegen in keine der beiden hohen Kategorien geschafft. Sie wurden mit "weiterer gekennzeichnet. Das gilt auch für den Lückenschluss von der B212 zur A 281 bei Bremen.

Zum Bundesverkehrswegeplan soll an diesem Montag eine Online-Bürgerbeteiligung starten. Die Hin-

weise werden geprüft, ehe der Plan vom Bundeskabinett verabschiedet wird. Für den Neu- und Ausbau von Straßen sollen bundesweit in den kommenden 14 Jahren insgesamt mehr als 67 Milliarden Euro bereitgestellt werden. Mit 12,95 Milliarden Euro den größten Anteil bekommt das bevölkerungsreichste Land Nordrhein-Westfalen; gefolgt von Bayern und Baden-Württemberg.